

Das ist mir das Allerinconsequenteste, was ich mir denken kann. Ich will noch einen Umstand erwähnen. Wenn Sie die Gehalte unserer Offiziere in's Auge fassen, wenn Sie nehmen, daß der Leutnant zum Oberleutnant aufrückt, was gewiß erst nach einer Reihe von Jahren erfolgt, so ist der Vortheil jetzt so unbedeutend, weil er das Agio verliert, daß es ein Avancement kaum mehr zu nennen ist. Wenn Sie erwägen, daß in diesen Tagen, in diesen Monaten wegen der jetzigen Zeit, die mehr Bedürfnisse und theurere erheischt, — es ist in Baiern geschehen — die sämtlichen Gehalte der Staatsdiener und Beamten um gewisse Procente erhöht worden sind, so will es mir sonderbar erscheinen, wenn wir die einzige Ausnahme von allen constitutionellen Staaten machen, und, während andere constitutionelle Staaten Zulage geben, wir diese Befreiung aufheben wollen, die seit einer Reihe von Jahren bestanden hat. Diese Ansicht wird mich rechtfertigen, wenn ich dem Deputationsgutachten beitrete.

Abg. Zische: Auch in diesem Punkte habe ich das Deputationsgutachten unterschrieben, gern unterschrieben; die Gründe, welche mich dazu bestimmt, sind die von dem Herrn Vicepräsidenten angeführten. Haben wir angenommen, daß beinahe alle Beamte in ihrer Personalsteuer ermäßigt worden sind, was diese zu Dank verpflichten wird, so wollen wir jetzt einem Stande, der bisher befreit war, eine Last auflegen, sei sie auch klein. Ob das eine günstige Wirkung hervorbringen kann, will ich dahingestellt sein lassen. Uebrigens ist auch das für mich ein Grund gewesen, daß in keinem constitutionellen Staate Subalternoffiziere der Besteuerung unterliegen. Man spricht von Consequenz, von Gleichheit vor dem Gesetz. Meine Herren! Sie erinnern sich, daß ich der Einzige in der Kammer war, der wollte, daß die Brennereien besteuert werden sollten. Man sagte, diese könnten die Concurrnz der preussischen Brennereien nicht ertragen. Ob nun die Subalternoffiziere diese neue Last besser ertragen können, als ein reicher Brennereibesitzer, fragt sich. Eben so will ich dahingestellt sein lassen, ob die Millionen, wie vorhin erwähnt wurde, welche die Armee kostet, durch den Beitrag der Subalternoffiziere wesentlich vermindert werden. Ich glaube, dazu gehören ganz andere Mittel, um die Lasten, die das Militair verursacht, und die auch ich vermindert haben möchte, zu beseitigen.

Abg. Heuberer: Zur Entgegnung. Der Abgeordnete, der eben sprach, erwähnte die von mir angebeuteten Millionen, die das Militair koste, und meinte, der Beitrag, welchen die Subalternoffiziere leisten werden, könnte wenig zu deren Ersparniß beitragen. Zur Berichtigung muß ich bemerken, daß ich die Besteuerung dieser Offiziere nicht wegen großer Ersparnisse betreibe und überhaupt nur gemeint habe, daß man doch wohl in der Kammer von dem Militair sprechen dürfe, eben weil es Millionen genug koste.

Abg. a. d. Winkel: Wenn ich mich schon bei der ersten Berathung über diesen Gegenstand für die Befreiung des Mi-

litairs ausgesprochen habe, so werde ich auch dem Deputationsgutachten diesmal beitreten. Es sind Billigkeitsgründe hervorgehoben worden, es ist der Grund hervorgehoben worden, daß eine völlige Gleichstellung eine Illusion sei, es würden und müßten immer Ausnahmen sein. Mir steht das am höchsten; ich halte es für eine Ungerechtigkeit. Denn die Zurücksetzung unsers Militairs gegen das übrige Militair in den constitutionellen Staaten halte ich für eine Ungerechtigkeit. In keinem constitutionellen Staate ist das Militair besteuert. Wir allein wollen dies thun? Dafür kann ich mich nicht aussprechen.

Abg. v. Bezschwig: Ich kann nur meine Freude darüber aussprechen, daß unsere geehrte Deputation zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die bisher den Subalternoffizieren gewährte Steuerbefreiung denselben nicht zu entziehen sei. Die Billigkeitsgründe, welche für die Fortdauer dieser sprechen und welche theils darin liegen, daß in allen constitutionellen Staaten die fraglichen Militairgrade diese Befreiung genießen, theils darin, daß die Lebensmittel theurer geworden sind, mithin eine Entziehung der bisherigen Befreiung jetzt doppelt schwer fallen würde, theils überhaupt in dem mit der Stellung der Offiziere verbundenen beträchtlichen Dienstaufwande beruhen, alle diese Gründe sind in dem Deputationsgutachten und von einigen geehrten Abgeordneten vor mir bereits hinlänglich an's Licht gestellt worden. Ich will nur noch hinzufügen, daß ich auch hohen Werth auf den moralischen Eindruck lege, den das Fortbestehen der fraglichen Befreiung in unserer vaterländischen Armee hervorbringen wird. Ich glaube, daß die betreffenden Militairs, wenn gleich den minder Bemittelten unter ihnen der finanzielle Punkt nicht gleichgültig sein kann, doch noch weit höhern Werth auf das Wohlwollen legen werden, welches sich in diesem Votum der Stände ausspricht, auf die darin liegende Berücksichtigung dieses im Kriege und zuweilen auch im Frieden ganz besondern Gefahren, Anstrengungen und Entbehrungen ausgesetzten ehrenwerthen Standes.

Stellv. Abg. Lehmann: Ich trage auf den Schluß der Debatte an.

Präsident Braun: Es ist auf Schluß der Debatte angetragen worden. Wird dieser Antrag unterstützt? — Geschicht hinreichend.

Präsident Braun: Wünscht Jemand gegen den Schluß der Debatte zu sprechen?

Abg. D. Schaffrath: Es ist allerdings vielleicht bloß zufällig, daß der Schluß der Debatte gerade jetzt beantragt wird, wo mehrere Sprecher für das Deputationsgutachten gesprochen haben. Allein ich glaube, es ist der Billigkeit, Gerechtigkeit und einer allseitigen Discussion gemäß, daß man auch einige von jenen Rednern, welche noch gegen das Deputationsgutachten sprechen werden, anhört, damit die Gründe, welche jetzt angeführt worden sind, widerlegt und die Sache allseitig und